

staltete sich zu einer Gedenkveranstaltung für Konfuzius, wie es sie seit Gründung der Volksrepublik in der Hauptstadt noch nicht gegeben hat. Dazu waren auch etwa ein Dutzend Nachfahren von Konfuzius der 76. und 77. Generation erschienen. (XNA, 29.9.89)

Auch die Wissenschaft trat mit zahlreichen Aktivitäten hervor. So wurde in Beijing eine Gesellschaft zur Erforschung des Lebens und der Lehren des Konfuzius gegründet. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Zhang Dainian gewählt, die bekannten Wissenschaftler Zhou Gucheng und Feng Youlan wurden zu Beratern bestellt. Generalsekretär ist Yu Xingqian. Die Gesellschaft hat bereits eintausend Mitglieder, darunter viele Experten im In- und Ausland (XNA, 17.9.89). Die Gesellschaft ist die erste überregionale Institution der Konfuzius-Forschung. Bisher gab es in den einzelnen Provinzen verschiedene Forschungsgruppen, die sich mit Konfuzius befassen. Vor allem die Provinz Shandong hat sich mit einem Institut für Konfuzianismus-Studien, das bei der Shandong Akademie der Sozialwissenschaften angesiedelt ist, und einem Konfuzius-Forschungszentrum in Qufu zu einem Zentrum der Konfuzius-Forschung entwickelt. Man kann davon ausgehen, daß die neue Gesellschaft für all diese Einzelaktivitäten eine koordinierende Funktion wahrnehmen wird.

Die Gesellschaft zur Erforschung des Konfuzius tritt zum erstenmal mit einem Symposium hervor, das anlässlich des Geburtstages des Konfuzius vom 3.-5. Oktober in Beijing veranstaltet wird. Thematisch wird sich das Symposium mit der konfuzianischen Schule, ihrem Einfluß auf Chinas traditionelle Kultur und deren Modernisierung befassen (XNA, 17.9.89). Unmittelbar an dieses Symposium schließt sich eine internationale Konfuzius-Tagung an, die am 7. Oktober in Beijing eröffnet und vier Tage später in Qufu beendet wird. Es handelt sich hierbei um die zweite internationale Tagung dieser Art; die erste hatte im September 1987 in Qufu stattgefunden. Zu der Tagung haben sich über 300 Wissenschaftler aus 20 Ländern angemeldet, u.a. aus den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Japan und Singapur. Den thematischen

Schwerpunkt bilden die historische Stellung des Konfuzius und des Konfuzianismus sowie deren Einfluß auf die moderne Gesellschaft (XNA, 23.9.89).

Anlässlich des Konfuzius-Geburtstages erscheinen auch mehrere neue Veröffentlichungen. Zu nennen sind vor allem zwei Konfuzius-Biographien, die eine von Zeng Yaode und Yang Zuoren, die im Huashan-Literatur- und Kunstverlag erschienen ist (GMRB, 14.6.89 u. XNA, 15.9.89), die andere von Zhang Bingnan, die im Jiliner Verlag für Literatur und Geschichte erscheint (GMRB, 9.8.89).

Auch nach dem durch die Juni-Ereignisse herbeigeführten Wechsel in der politischen Führungsspitze scheint der Trend, sich auf die eigene kulturelle Vergangenheit zu besinnen, die zu einem wesentlichen Teil vom Konfuzianismus geprägt wurde, ungebrochen zu sein. Dieser Trend wird sich eher noch verstärken, denn anders als die radikalen Maoisten, die den Konfuzianismus als feudalistisches Gedankengut abtaten, sehen die orthodoxen Marxisten in der traditionellen chinesischen Kultur ein Bollwerk gegen westliche kulturelle Einflüsse. -st-

*(34)

Neue Statue für den Tiananmenplatz

Im September 1989 wurde auf dem Tiananmenplatz in Beijing eine neue Statue errichtet: eine 8 Meter hohe und 6 Meter breite Steinplastik, die einen Arbeiter, einen Bauern, einen Soldaten und einen Intellektuellen darstellt. Sie wurde im nördlichen Teil des Platzes aufgestellt (XNA, 13.9.89; RMRB, 22.9.89). Anlaß ist der vierzigste Gründungstag der Volksrepublik China. Für das Projekt war der Direktor des Zentralen Instituts für Kunst und Kunsthandwerk, Chang Shala, verantwortlich. Die Gruppe soll das einträchtige Beieinander der vier gesellschaftlichen Schichten symbolisieren. Daß sie von dem Soldaten angeführt wird, ist symptomatisch für die gegenwärtige Phase. -st-

Außenwirtschaft

*(35)

GATT-Kontakte auf unterer Ebene

Mitte September 1989 besuchten zwei Funktionäre des chinesischen Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel die USA, um mit den dort zuständigen Regierungsbeamten über Chinas Beitritt zum General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) zu beraten.

Der Annäherungsprozeß zwischen dem GATT und der Volksrepublik war nach dem 4. Juni 1989 jäh unterbrochen worden. Vor diesem Datum war die Stimmung für die Chinesen günstig, jetzt ist jedoch bei den westlichen Mitgliedsländern des GATT eine deutliche Reserve gegen Chinas Beitritt vorhanden.

Amerikanische Beamte betonten denn auch, daß das Treffen in Washington auf "Arbeitsniveau" stattfinde und nicht Präsident Bushs Verbot der hochrangigen Kontakte zwischen den beiden Regierungen verletze.

Die chinesischen Funktionäre besuchten auch die Europäische Gemeinschaft in Brüssel. Wie in den USA so erklärten sie auch hier, daß die Volksrepublik daran festhalte, sich zur Außenwelt zu öffnen. Sie versuchten ferner, die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation zu erklären. Sie drückten auch Chinas Wunsch aus, die Verhandlungen über den Beitritt wieder aufzunehmen.

Die Arbeitsgruppe des GATT über Chinas Status als Vertragspartei hatte für den Juni 1989 eine Sitzung anberaumt. Wegen des Massakers wurde diese Sitzung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Wie Li Zhongzhou, der Abteilungschef im Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, erklärte, würden die gegenwärtigen Berichtsmaßnahmen der Volksre-

publik helfen, in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Regelungen des GATT zu kommen. Er erklärte, daß die jüngste Entscheidung des Landes, einige Unternehmen einer Korrektur zu unterziehen, bei einigen Mitgliedsländern des GATT Besorgnisse ausgelöst habe. Diese Maßnahmen zielen jedoch nach Li darauf hin, die zu große Einmischung der Regierung in diese Unternehmen zu unterbinden, um günstige Bedingungen für die weitere Entwicklung der Warenwirtschaft zu schaffen.

Li fügte hinzu, daß die staatlichen Maßnahmen zur Abschaffung und Zusammenlegung einiger Unternehmen, die illegale Aktivitäten unternommen hatten, den meisten chinesischen Unternehmen dabei helfen würden, Verträge mit ausländischen Partnern besser einhalten zu können. (AWSJ, 7. u. 11.9.89)

Auf einem Treffen der Arbeitsgruppe über Chinas Status als Vertragspartei vom 27.-29. September 1988 bat die Arbeitsgruppe das Sekretariat des GATT, eine strukturierte Zusammenfassung der Informationen zu verfassen, die von der Volksrepublik über das Außenhandelsregime geliefert worden waren. Unter dem 9. Dezember 1988 lieferte das Sekretariat die gewünschte Zusammenfassung, die von den chinesischen Behörden kontrolliert worden war.

Diese Zusammenfassung ist noch nicht geeignet, alle Vorbehalte der Mitgliedsländer des GATT zu zerstreuen. Zum Beispiel arbeitet die Volksrepublik immer noch mit einem gespaltenen Wechselkurs. Der Wechselkurs des US-Dollar betrug am 1. November 1988 3,72 Yuan. Der sog. Marktwechselkurs betrug am 5. November 1988 jedoch 6,63 Yuan. Wie es in dem Papier heißt, betrachten die chinesischen Behörden diesen Unterschied der Wechselkurse als eine Folge gewisser Irrationalitäten im Preissystem des Binnenmarktes. Die Existenz zweier Wechselkurse wird als vorübergehend bezeichnet. -lou-

***(36)
CITIC vor öffentlicher Rehabilitierung**

Chinas größtes staatskapitalistisches Unternehmen, die China International Trust and Investment Corp. (CITIC),

war vor zehn Jahren gegründet worden, um eine Brücke der Verständigung zwischen kapitalistischen Investoren und kommunistischen Bürokraten zu schaffen. Ihr Vorsitzender Rong Yiren, heute 73jähriger Patriarch einer der reichsten Unternehmerfamilien im vorkommunistischen Shanghai, konnte das autonome Unternehmen sehr unabhängig führen und hatte damit beachtlichen Erfolg. Er teilte mit, daß die CITIC weltweit Anlagen und Beteiligungen im Werte von 20 Mrd. Yuan besitzt.

In China betreibt die Gesellschaft Flotten von Mietwagen, zahlreiche Hotels, Banken, Rüstungsfabriken, Filmstudios und Immobiliengesellschaften. In Hongkong gehören der CITIC Geschäftsbanken, Immobilien aber auch ein 12,5%iger Anteil an der angesehenen internationalen Fluglinie Cathay Pacific. In Kanada hat das Unternehmen in die Papierfabrik Celgar investiert, in Australien in das Aluminiumwerk Portland, in den USA in mehrere Stahlfirmen. Die CITIC erarbeitete mit ihren 23 Tochtergesellschaften im vergangenen Jahr einen Gewinn von 240 Mio. Yuan, 60% davon in Hongkong.

Rong Yiren erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die CITIC ihre Aktiva in den nächsten zehn Jahren auf 50 Mrd. Yuan steigern werde. Er gab aber auch zu Bedenken, daß die Expansion des Unternehmens in der jüngsten Vergangenheit zu schnell vorangeschritten sei und deshalb etwas straffer reglementiert werden müsse. Zudem berichtete er, der Gewinn werde in diesem Jahr nicht mehr die Vorjahreszahlen erreichen.

Die Gründe für diesen Rückgang sind allerdings nicht nur im unkontrollierten Wildwuchs zu suchen. In der Bilanz fehlen werden z.B. 18,8 Mio. Yuan, welche die CITIC nach einer zehn Monate währenden Buchprüfung durch die Behörden als Strafe für Steuerhinterziehung und erlaubte Devisengeschäfte bezahlen muß.

Zudem litt die CITIC unter den Unruhen, die in diesem Sommer China erschütterten: Erst unterbrachen die siebenwöchigen Demonstrationen der Studenten die Geschäfte in China, dann zogen Tausende von Bürgern in Hongkong nach dem Massaker des 4. Juni ihre Einlagen von chinesischen

Banken, also auch von Töchtern der CITIC, ab. Selbst die Stahlwerke in den USA verloren Aufträge. Schließlich hat die Produktivität der Arbeiter in China stark nachgelassen, seit die Armee Ansätze zu mehr Freiheit unterdrückt hat.

Vor allem aber leidet die CITIC unter der Ungewißheit über die künftige Richtung der chinesischen Wirtschaftspolitik. Nach zehn Jahren relativer Freiheit wird nun in der Regierungsspitze wieder mehr von verstärkter zentraler Planung, von mehr Kontrolle und von engeren Grenzen für private Initiativen gesprochen. Rong Yiren führte das Unternehmen mit marktwirtschaftlichen Methoden zum Erfolg. Staatliche Restriktionen werden das Wachstum des Unternehmens spürbar bremsen.

Zusätzlich geriet das Unternehmen in die Schußlinie, als die Proteste der Studenten und Bürger die chinesische Regierung zwangen, gegen Korruption und Begünstigung vorzugehen. Die Demonstranten hatten anhand aktueller Beispiele aufgezeigt, wie die Verwandten und Freunde der Parteiführer sich hemmungslos die lukrativsten Positionen in Industrie und Handel reserviert hatten. Die CITIC war als eines der reichsten Unternehmen mit Büros in den Großstädten der westlichen Welt ein begehrter Arbeitgeber. Mehr als 180 leitende Angestellte des Unternehmens stammen denn auch aus prominenten Familien. In New York z.B. beschäftigt die CITIC Deng Zifang, einen Sohn von Deng Xiaoping.

Für dieses Problem wurde nun allerdings eine Lösung gefunden: In diesem Monat verlor die CITIC ihren Status als Staatsunternehmen und ist nun als wirtschaftlich unabhängiger Konzern registriert. Die Prominentenkinder können ihre gut bezahlten Posten behalten, setzen sich aber nicht mehr dem Vorwurf aus, bevorzugt vom Staat beschäftigt zu werden.

Am 3. Oktober will die CITIC ihren 10. Geburtstag mit einem gewaltigen Bankett in der Halle des Volkes in Beijing feiern. Damit will sie ihre endgültige Rehabilitierung öffentlich demonstrieren. (NZZ, 30.9.89) -lou-

*(37)

Erster Konsortialkredit nach dem 4. Juni 1989

Zum erstenmal nach dem 4.6.1989 wurde ein Konsortialkredit für ein staatliches Unternehmen der Volksrepublik China auf den Finanzmärkten Hongkong und London arrangiert.

Die Flugzeug-Leasing-Spezialisten The Transportation Group (TTG, Hongkong), eine Tochter des Finanzhauses Paine Webber, arrangierte einen Kredit in Höhe von 120,5 Mio.US\$ für Air China, die internationale chinesische Fluggesellschaft der Dachorganisation Civil Aviation Administration of China (CAAC) mit Sitz in Beijing. Der Kredit ist für die Lieferung einer Boeing 747-400 bestimmt.

An dem Kredit sind der Wiener Creditanstalt-Bankverein über seine Londoner Filiale sowie National Westminster Bank, Banque Parisbas und Crédit Agricole beteiligt. Diese Banken übernehmen 80% oder 96,4 Mio.US\$. Eine japanische Bank, die ungenannt bleiben möchte, beteiligte sich mit 24,1 Mio.US\$, zahlbar in japanischer Währung.

Die Bank of China (BOC) stellte die Garantie, aber die japanische Bank verlangt überdies eine Counter-Guaranty von einer nicht-chinesischen Bank. Dies war eine ungewöhnliche Forderung und zeigt, wie hoch die Banker das Risiko im China-Kreditgeschäft einschätzen.

Für die Volksrepublik China ist dieser Kredit in gewisser Weise ein finanzpolitischer Durchbruch. Denn die westlichen Industrieländer und Japan hatten nach den Ereignissen des 4. Juni ein bis jetzt gültiges Kreditembargo für China beschlossen, das nun erstmals durchlöchert wurde. Die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank hatten ihre Kredite ebenfalls gestoppt, auch die bilaterale Finanzhilfe, etwa der Bundesrepublik für China-Projekte wie die U-Bahn in Shanghai, ist unterbrochen.

Allerdings wird die Regierung in Beijing einen höheren Preis für künftige Kredite zahlen müssen. Der Zinssatz für die europäische Hälfte dieses ersten Kredites liegt 0,5-Prozent-Punkte über dem Zins für Kredite, die vor

dem 4. Juni mit China vereinbart wurden. Für den Konsortialkredit wurden 0,75% über Libor plus 0,5% "upfront"-Gebühren verlangt.

Das Credit Rating für die Volksrepublik hat sich in der Zwischenzeit verschlechtert. Das angesehenen Japan Bond Research Institute setzte das Länderrisiko für die Volksrepublik von 7,6 der 10-Punkte-Skala auf 5,6 fest. Diese Herabstufung bedeutet, daß die Volksrepublik nun von Klasse B "wenig Risiko" auf die Klasse C "einiges Risiko" herabgestuft worden ist. Die Gründe dafür seien die politische und wirtschaftliche Instabilität, die am 4. Juni 1989 zu einem dramatischen Höhepunkt gekommen seien.

Die Schuldendienstkapazität der Volksrepublik wurde mit 5 bewertet, was eine Herabstufung um 1,3 Punkte bedeutet. Dahinter steckt die Erwartung, daß die Exporteinnahmen abnehmen werden.

Die japanischen Banken werden eine Neubewertung des Länderrisikos der Volksrepublik vornehmen. Ein japanischer Bankier erklärte, die Volksrepublik würde keine Probleme haben, neue Handelskredite zu bekommen. Allerdings würden sich die Zinsen um 0,5 Prozent-Punkte erhöhen.

Das chinesische Finanzministerium kritisierte die Herabstufung Chinas durch das japanische Institut. Ein Sprecher des chinesischen Ministeriums bezeichnete die japanische Einschätzung als "falsch" und als "unakku- rate Einschätzung". (HB, 12.9.89; FT, 12.9.89; AWSJ, 14.9.89) -lou-

*(38)

Inflation verhindert Abwertung

Nach Aussagen von Liu Guoguang, dem stellvertretenden Präsidenten der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, wird die Inflation in der Volksrepublik ca. 20% in diesem Jahr betragen. Ein anhaltender Aufwärtstrend der Preise wird in der nahen Zukunft jede Abwertung der chinesischen Währung verhindern. Eine Abwertung zur Förderung der Exporte sei nicht durchführbar. Das wichtigste Ziel in den nächsten beiden Jahren sei es, die Preise zu stabilisieren. Falls abgewertet würde, würde dies einen weiteren Anstieg der Preise bedeuten.

Das Handelsbilanzdefizit der Volksrepublik im ersten Halbjahr 1989 stieg auf 5,7 Mrd.US\$ (in der Vergleichsperiode des Vorjahres betrug das Defizit nur 1,2 Mrd.US\$). Nach den Zollstatistiken stiegen die Exporte um 6,5%, während die Importe um 26,7% zunahmen (vgl. die von Yao Yilin genannten Zahlen, die auf Angaben des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel beruhen).

Nach Ansicht ausländischer Wirtschaftswissenschaftler müsse China den Yuan abwerten, um die Exporte zu fördern und die Importe zurückzuschneiden. Liu Guoguang wies diese Forderung zurück, indem er seine Ansicht bekräftigte, daß nun nicht die Zeit für eine Abwertung sei.

Die Volksrepublik habe von der Sparpolitik, die vor einem Jahr begann, bereits profitiert. Die Preisanstiege seien geringer, und die Abhebungen von Spareinlagen sowie Panikkäufe, die noch im Jahre 1988 stattfanden, hätten sich nicht wiederholt. Liu, der eine straffere Geldpolitik unterstützt, erklärte, daß die Sparpolitik jedoch nicht in der Lage gewesen sei, die offiziellen Investitionen und die Nachfrage der Konsumenten angemessen zu kontrollieren. (AWSJ, 31.8.89) -lou-

*(39)

Leasing-Geschäfte im Grundstücks- und Baugeschäft

Eine Reihe von westlichen und japanischen Unternehmen ist mit spektakulären Leasing-Verträgen in das Grundstücks- und Baugeschäft in der Volksrepublik China eingestiegen. Ein erstes Großprojekt nach dem 4. Juni 1989 wurde von Mohammad Malekpur, dem iranisch-stämmigen Chef der MGM Development in Seattle/USA, unterschrieben. Dieses Projekt in der Sonderwirtschaftszone der nördlichen Hafenstadt Tianjin ist das erste Konzessionsprojekt in der Volksrepublik, nachdem ähnliche Verträge in Shanghai abgeschlossen worden waren. Diese Politik wird offenbar jetzt landesweit gefördert. Kritiker in Hongkong sprachen indes von "weißen Elefanten", die sich die Zentralregierung in Beijing züchte.

MGM Development leaste 5,4 qkm in der Tianjin Economic Development Area, 50 km außerhalb Tianjins und bezahlte nach neuen Verhandlungen seit dem 3. Juni 1989 nur noch 3,25 US\$ pro qm. Der Kaufpreis für das ganze Land von insgesamt 17 Mio. US\$ kann über drei Jahre anstatt der zunächst geplanten 18 Monate gezahlt werden. Die Leasing-Dauer beträgt 70 Jahre.

Freilich verpflichtete sich MGM Development zur Übernahme der gesamten Infrastruktur-, Entwicklungs- und Baukosten von insgesamt 3 Mrd. US\$, die das Unternehmen offensichtlich in den USA, im Nahen Osten und Europa aufbringen möchte. Die erste Entwicklungsphase im Wert von 1,3 Mrd. US\$ muß laut Vertrag innerhalb von fünf Jahren bewältigt werden.

Mohammad Malekpur möchte das Land als Industriestandort mit dann fertigen Fabriken an 400 bis 500 internationale Unternehmen weitervermieten, die sich in der Konzession niederlassen sollen. In einer Bürostadt ist auch der Bau eines Wolkenkratzer-Doppelturms vorgesehen.

Malekpur wird in Hongkong und chinesischen Zeitungen mit der Aussage zitiert, daß das chinesische Potential ungeheuer anziehend sei und Tianjin ein Tor zum neuen industrialisierten China werden könne. Malekpur hat nach eigenen Angaben bereits rd. 10 Mio. US\$ in dieses Projekt gesteckt. Dabei hat er gute Kontakte zum früheren Bürgermeister der Stadt Tianjin, Li Ruihuan, aufgebaut.

Guangzhou in Südchina kündigte an, die Stadt werde am 1. September 1989 sieben Grundstücksareale in der Innenstadt von einer Größe zwischen 3 und 10 qkm für 70 Jahre zur Bebauung und Vermietung durch Ausländer freigeben.

Im Sommer 1988 waren in Shanghai die Nutzungsrechte für kleinere Grundstücke - etwa zum Bau eines Bürohochhauses - per Auktion verkauft worden. Die Nutzungsdauer betrug hier allerdings nur zwischen 20 bis 50 Jahre. (HB, 15.8.89) -lou-

*(40) Sowjetunion schränkt Barter-Handel mit Volksrepublik ein

Die Sowjetunion hat strenge Kontrollen für den grenzüberschreitenden Barter-Handel mit der Volksrepublik China verfügt, nachdem große Menge sowjetischer Baumaterialien, die für Produktionszentren im europäischen Rußland geplant waren, aus dem Lande flossen.

Unternehmen im sowjetischen Fernen Osten, die in den Bereichen Bauholz, Zement, Stahl sowie Fischfang tätig sind, hatten herausgefunden, daß sie mehr Geld verdienen konnten, indem sie ihre Erzeugnisse nach China verkaufen. Dies teilten Ökonomen der Regierung in Chabarovsk mit. Die Stadt liegt am Fluß Amur etwa 25 Meilen von der chinesischen Grenze entfernt.

Der Handel entwickelte sich seit Mitte der 1980er Jahre sehr schnell. Die sowjetischen Unternehmen hatten einen größeren Aktionsspielraum bekommen. Der stellvertretende Direktor der fernöstlichen Filiale des Instituts für Wirtschaftsforschung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften schätzte den gesamten beiderseitigen Handel der fernöstlichen Region mit China im Jahre 1988 auf ca. 200 Mio. Rubel (ca. 199 Mio. Pfund).

Sowjetische Materialien wurden gegen ein großes Sortiment von Konsumgütern, beispielsweise Kleidung, Schuhe, elektronische Güter, Nahrungsmittel und Thermoflaschen, ausgetauscht.

Das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen in Moskau beschneidet die Rechte der Unternehmen, indem ein System wiedereingeführt wurde, nach dem die Exporteure eine vorherige Genehmigung des Ministeriums benötigen.

Pavel Menakir von der Fernostfiliale des Instituts für Wirtschaftsforschung der Akademie der Wissenschaften erklärte, daß die Schwierigkeiten im Barter-Handel die allgemeine Schwierigkeit widerspiegeln, die Güter in einer geplanten Wirtschaft präzise mit Preisen zu bewerten. Im Barter-Handel mit der Volksrepublik werden die

Preise in Schweizer Franken festgesetzt, und zwar durch Verhandlungen zwischen beiden Seiten. Die sowjetischen Unternehmen wußten nicht, welche Preise festzusetzen waren - auf den Binnenmärkten werden die Preise von den Planern in unterschiedlicher Höhe in unterschiedlichen Regionen festgesetzt. Beispielsweise beträgt der Preis eines Kubikmeters Bauholz in Chabarovsk 40 Rubel, doch nur 30 Rubel in Tomsk (Sibirien).

Nach den Angaben von Menakir hätten die chinesischen Käufer sehr oft das Beste aus dem Handel gemacht, indem sie hohe Preise für ihre eigenen Güter und niedrige Preise für die sowjetischen Güter angesetzt hätten. (FT, 13.9.89) -lou-

*(41) Elf Aquitaine und Total verlassen Südchinesisches Meer

Die französischen Erdölgesellschaften Elf Aquitaine und Total werden ihre vor drei Jahren begonnene Ausbeutung der Offshore-Lagerstätten von Weizhu im Südchinesischen Meer einstellen. Die Förderung war von 8.000 auf unter 5.000 Barrel (1 Barrel = 159 l) pro Tag zurückgegangen.

Die beiden Gesellschaften investierten nach Angaben der französischen Wirtschaftszeitung *Les Echos* in Weizhu 250 Mio. US\$ und bekamen nur 110 Mio. US\$ wieder heraus. Während Total sich nicht völlig aus dem China-Geschäft zurückziehen will, gab man bei Elf Aquitaine zu verstehen, daß sich die Gesellschaft künftig auf die "bewährten" Zonen in Nahost, Westafrika und in der Nordsee konzentrieren werde. (NfA, 14.8.89; HB, 15.8.89) -lou-

*(42) Neue Messezentren in der Volksrepublik

In der Volksrepublik China wurden in diesem Jahr zwei neue Messe- und Kongreßzentren fertiggestellt. Mit deutscher und japanischer Unterstützung baute die Volksrepublik in Tianjin für 28 Mio. US\$ einen 36.000 qm großen Ausstellungskomplex. Er ent-

hält ein Hotel, Konferenzsäle und Büros und wird von drei Partnern gemeinsam betrieben. 8.000 qm des "World Economic Trade and Exhibition Centre" nehmen vier miteinander kombinierbare Hallen ein, die mit modernster Technik und EDV ausgestattet sind.

Vom 24.-31.10.1989 findet dort die Tianjin International Trade Fair statt. Dabei handelt es sich um eine Investitionsgütermesse, die sämtliche Industrie-sektoren umfaßt. 1990 sollen in Tianjin u.a. Fachmessen für Textil und Leder, Nahrungsmittelverarbeitung, Bau und Innenausbau, Werkzeuge und Maschinen, Energie, Elektro-Elektronik durchgeführt werden.

In der Sonderwirtschaftszone Shenzhen im Norden von Hongkong entstand ein chinesisch-deutsches Joint Venture, das "Shenzhen International Exhibition Centre". Es umfaßt 10.000 qm Ausstellungsfläche in fünf Hallen sowie 5.000 qm Freigelände, ein dreistöckiges Tagungszentrum und ein Hotel. Themen von Handelsmessen 1990 in Shenzhen werden u.a. sein: Kfz-Werkstatteinrichtungen, Feinmechanik und Optik sowie Laden-, Gaststätten- und Hoteleinrichtungen.

Die Mietpreise für die Ausstellungsfläche betragen in beiden Städten 290 US\$/qm für reine Nettofläche und 350 US\$/qm mit Standardausrüstung. Unterlagen und Messeprogramme sind erhältlich bei Glahe International Group GmbH, Postfach 80 03 40, Köln 80. (NfA, 13.9.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(43)

Finanzkrise

Chinas Finanzkrise hat sich offensichtlich dramatisch zugespitzt: Vor Mitgliedern des in Beijing tagenden Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses bezeichnete Finanzminister Wang Bingqian die finanzielle Situation des Landes als "katastrophal" und sagte für das kommende Jahr, in dem ein Großteil der Auslandsschulden zurückgezahlt werden muß, "noch härtere Zeiten" voraus.

Hauptgrund für die Finanzmisere sei ein "völlig unausgeglichenes" Verhältnis zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben. Wang Bingqian betonte, die wirtschaftliche Entwicklung in China sei nach wie vor "überhitzt". Die Nachfrage sei aufgrund gestiegener Löhne größer als das Angebot. Es sei bisher nicht gelungen, die wirtschaftliche Struktur zu sanieren. Dazu komme "Verschwendungssucht und Extravaganz". Dies alles habe "zu ständig steigenden Finanzdefiziten geführt". Trotz der angekündigten Sofortmaßnahmen, wie strenge Steuereintreibung und Kontrolle der Ausgaben, dürfte die Stabilisierungsphase von Chinas Finanzen mindestens drei Jahre dauern.

Der Finanzminister wies darauf hin, daß das wachsende Defizit in den Staatsfinanzen aus Irrtümern der Politik in den letzten Jahren resultiere. Diese Irrtümer hätten die Wirtschaft des Landes unterminiert.

Die Staatseinnahmen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1989 waren 3,407 Mrd. Yuan höher als die Staatsausgaben. Die Inlandseinnahmen in dieser Zeit betragen insgesamt 132,127 Mrd. Yuan. Damit sei der Budgetplan zu 49,1% erfüllt worden, gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres betrug die Steigerungsrate 8,4%. Die Inlandsausgaben betragen 128,72 Mrd. Yuan (Erfüllungsrate des Budgetplanes 46,5%, Steigerung gegenüber der Vergleichsperiode 11,4%).

Wang erklärte, daß die Wachstumsrate der Staatseinnahmen gegenüber der Wachstumsrate der -ausgaben in der Periode Januar bis Juli 1989 gesunken sei. Die Zuwachsrate der Einnahmen war auch niedriger als die Erfordernisse des Budgetplanes, der 9,5% als Ziel gesetzt hatte. Die Ausgabenwachstumsrate war viel höher als jene 9%, die im Budgetplan vorgesehen waren. Die schlechten Ergebnisse der Unternehmen hätten das Wachstum der Staatseinnahmen beeinträchtigt.

75% von Chinas Finanzeinnahmen kommen aus staatlichen Unternehmen. In dem Jahrzehnt zwischen 1978 und 1988 fielen jedoch die Gewinnraten, die Verkaufssteuerraten sowie die Gewinnrate der Industrieunternehmen durchschnittlich um 8%. 1% entspricht etwa 8 Mrd. Yuan Finanzeinnahmen.

Was die unterschiedlichen Fonds angeht, so erklärte Wang, daß die von der Zentralregierung gesteuerten Fonds gesunken seien, während der Anteil der von den Unternehmen und Individuen zurückgehaltenen Mittel zu schnell gestiegen sei. Das Ergebnis war, daß das Verhältnis zwischen Finanzeinnahmen und Volkseinkommen sich von 31,9% im Jahre 1979 auf 19,2% im Jahre 1988 verringerte.

Des weiteren habe die Umstrukturierung des Finanzsystems die Finanzmacht der lokalen Regierungen gestärkt, jedoch die Finanzmacht der zentralen Behörden geschwächt. Die Finanzeinnahmen der zentralen Behörden machten 47,2% der nationalen Finanzeinnahmen aus, das sei viel niedriger als die 70% in den 1950er und die 60% in den 1960er Jahren.

Wang erklärte, daß die übermäßigen Preissubventionen und die Subventionen für die Verluste der Unternehmen die finanzielle Kapazität der Regierung überschritten hätten.

Im Jahre 1988 gaben die Finanzabteilungen des Staates 31,67 Mrd. Yuan aus, um Staatsangestellte und städtische Bewohner angesichts der Preiserhöhungen zu subventionieren. Dies bedeutete einen Anstieg von 39,8% jährlich verglichen mit 1978. Der Staat hatte weitere 44,65 Mrd. Yuan auszugeben, um defizitären Unternehmen zu helfen - ein jährlicher Anstieg von 33,6% seit 1979. Beide Zuwachsraten überschritten bei weitem jenes Wachstum von 8,2% der Finanzeinnahmen in derselben Periode. Die beiden genannten Zwecke beanspruchten jährlich über 80 Mrd. Yuan aus staatlichen Mitteln. (China Daily, 1.9.89; NZZ, 3./4.9.89) -lou-

*(44)

Energiekrise

Die Volksrepublik macht gegenwärtig die größte Energiekrise seit den frühen 1970er Jahren durch. Seit Juni 1989 gibt es immer wieder Stromabschaltungen in Regierungsinstitutionen, aber auch in vielen Privathaushalten.

Viele chinesische Experten sehen die Ursache für die gegenwärtige Situation in der überhitzten Wirtschaftsentwicklung; die Energieerzeugung ist dem nicht nachgekommen. Laut Angaben